

zu einer Aggressionsbasis ausgebaut worden. Das wurde unterstützt durch Westberliner Politiker, die auch offen davon sprechen, die Frontstadt Westberlin müsse „Störenfried“ sein und stets auf das Herz der Deutschen Demokratischen Republik zielen. Das ist eine anomale Lage, die nicht länger geduldet werden kann.

*Westberlin muß von den westlichen Besatzungsmächten, die mit Hilfe des Besatzungsregimes eine friedensfeindliche Politik durchführen, frei werden.* Dann könnte die Westberliner Bevölkerung, die in ihrer Masse kein Interesse daran hat, in einer Frontstadt zu leben und als Störenfried zu gelten, ihre inneren Angelegenheiten nach eigenem Interesse gestalten. Gerade darum finden die neuen Vorschläge der Sowjetregierung unsere ungeteilte Zustimmung.

Was den Vorschlag der Regierung der UdSSR anbetrifft, Westberlin den Status einer *entmilitarisierten Freien Stadt* und ihr jedmögliche allseitige Unterstützung, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet, zu gewähren, so würde durch die Verwirklichung dieses Vorschlages in der Tat dem ungerechtfertigten ausländischen Besatzungsregime in Westberlin ein Ende gesetzt, dem Mißbrauch Westberlins als Zentrum der Spionage und anderer Formen der Wühl­tätigkeit gegen die Deutsche Demokratische Republik ein für allemal ein Riegel vorgeschoben und einer der gegenwärtig gefährlichsten Herde der internationalen Spannungen beseitigt. *Der Vorschlag der Regierung der UdSSR ist deshalb von so außerordentlicher Bedeutung, weil er dem Bedürfnis des gesamten deutschen Volkes nach Frieden entgegenkommt und den Interessen der Deutschen Demokratischen Republik an der Achtung ihrer Souveränität gerecht wird.* Ferner würde die friedliche Lösung der Berliner Frage in der vorgeschlagenen Weise zweifellos Tore öffnen für die Verhandlungen über die friedliche Lösung des Deutschlandproblems durch den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Annäherung der beiden deutschen Staaten bis zur Bildung einer Konföderation der beiden deutschen Staaten.

Das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands begrüßt die Absicht der Regierung der UdSSR, den Organen der Deutschen Demokratischen Republik alle Funktionen zu übergeben, die auf der Grundlage interalliiierter Abkommen und den Abkommen zwischen der UdSSR und der Deutschen Demokratischen Republik vom 20. September 1955 vorübergehend von den sowjetischen Organen in Berlin ausgeübt werden, so daß die souveräne Deutsche Demokratische Repu-